

An

**Kreisverband Kiel**

Alter Markt 9  
24103 Kiel  
Tel: +49 (0431) 5933 830  
Mail: kgf@gruene-kiel.de

**Kiel, den 11.11.2016**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kiel laden ein zur

**Kreismitgliederversammlung**

**Mittwoch, 23. November 2016**

**19:00 Uhr**

**Haßstraße 3 - 5, 24103 Kiel**

**Landesgeschäftsstelle - Sitzungssaal**

**Tagesordnung:**

- TOP 1      Formalia**  
a. Feststellung der Beschlussfähigkeit  
b. Bestätigung des Präsidiums  
c. Beschlussfassung über die Tagesordnung  
d. Beschlussfassung Protokoll der KMV vom 08.11.2016
- TOP 2      Monika Heinold: „Landtagswahl 2017: Die Zeichen stehen auf GRÜN!“**
- TOP 3      Vorstellung und Diskussion LTW-Programm**
- TOP 4      Rathauskooperation**
- TOP 5      Anträge/Berichte**
- TOP 6      Verschiedenes**

Liebe Freundinnen und Freunde,

In Kürze beginnt der Landesparteitag in Neumünster, auf dem das Programm für die Landtagswahlen besprochen und Monika Heinold als Spitzenkandidatin nominiert werden soll. Zuvor wird Monika unsere Kreismitgliederversammlung mit einer Motivationsrede eröffnen.

Ausserdem werden wir uns auf der KMV mit Landtagswahl-Programm beschäftigen. Mit Lasse Petersdotter konnten wir einen eng in den Entstehungsprozess Involvierten dafür gewinnen, uns einen Ein- und Überblick des Programms zu geben. Schau Dir im Vorfeld das Programm schon mal unter <https://sh.antragsgruen.de/> an. Bis 17. November können auch noch Änderungsanträge eingebracht werden.

Schließlich wird uns das Thema Verkehrslandeplatz Holtenau und die Auswirkungen auf die Rathauskooperation noch einmal beschäftigen. Nachdem wir auf der letzten KMV den Rahmen für die weiteren Verhandlungen abgesteckt haben, werden wir nun wohl über die Ergebnisse dieser Verhandlungen sprechen und abstimmen. Die Verhandlungen laufen bis kurz vor der KMV, so dass ggf. zu beschließende Fragen als Tischvorlage kommen werden.

Es verspricht also eine spannende Versammlung zu werden. Wie immer gilt, je repräsentativer das Ergebnis, umso besser. Wir bauen auf deshalb Dich und Dein Kommen!

In diesem Sinne grüßt Dich ganz herzlich

Dein Vorstand

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Kiel**

### **Protokoll der Kreismitgliederversammlung am 08.11.2016 in LGS, Kiel**

#### **TOP 1: Formalia**

Um 19:15 Uhr sind 49 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, die Versammlung ist beschlussfähig. Das Präsidium, bestehend aus Johannes Steen, Julia Bartmann und Karen Jackstedt sowie Hanno Michel als Protokollant, wird einstimmig bestätigt.

Julia stellt den Änderungsvorschlag des Präsidiums vor, die Anträge A-1 und D-1 in TOP 2 vorzuziehen und im Anschluss an die Bilanz der Ratsfraktion zu behandeln.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Das Protokoll der KMV vom 29.09.16 wird einstimmig beschlossen.

#### **TOP 2 Zwischenbilanz der Rathauskooperation**

##### TOP 2a – Erfolge

Die Vorsitzende der Ratsfraktion Lydia Rudow berichtet über die bereits errungenen Erfolge der Förde-Kooperation. Sie erwähnt dabei insbesondere das integrierte Stadtentwicklungskonzept, das Kieler Energiekonzept, den bald erfolgenden Bau des Gasheizkraftwerks, die Entwicklung der Innenstadt, die Förderung der Kreativwirtschaft, Bau und Sanierung von Schulen, Sporthallen und anderen städtischen Liegenschaften und den Kita-Ausbau. Auch beim Neubau von Möbel Kraft seien positive grüne Einflüsse zu erkennen, das Kleingartenentwicklungskonzept sichert darüber hinaus die langfristige Perspektive für Kleingartenkolonien und Kiels grünen Gürtel. Im Bereich Mobilität wurden die Velorouten auf den Weg gebracht, die von der Ratskooperation gewünschte Stadtreionalbahn konnte dagegen nicht verwirklicht werden. Weitere Baustellen sind die Umgestaltung des Schützenparks und die Fortentwicklung des Klimakonzepts. Durch Gespräche auf Stadt- und Landesebene konnte zudem eine Zwischenlösung für die auf dem Gelände der alten Muthesius-Kunsthochschule ansässigen Initiativen und Projekte erwirkt werden. Abschließend hebt Lydia die insgesamt konstruktive und erfolgreiche Arbeit der Kooperation hervor.

##### TOP 2b – Konfliktpunkte

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Lutz Oschmann berichtet über die strittigen Themen in der Kooperation. Ein Thema ist dabei der Streit um den geplanten interkommunalen Windpark in Meimersdorf/Flintbek. In Flintbek ist das betreffende Gelände nicht Bestandteil eines Landschaftsschutzgebietes, der dort geplante Teil des Windparks könne voraussichtlich durch die Investoren gebaut werden. Ein geplanter Antrag zur Umstellung der Energieversorgung der städtischen Liegenschaften auf 100% Ökostrom ist zurzeit von Seiten der SPD noch nicht für die Ratsversammlung freigegeben. Weitere ergänzende Maßnahme im Energiebereich könnte etwa ein Solarprogramm sein. In Bezug auf den Holtenauer Verkehrslandeplatz ist trotz rückläufiger Zahlen seitens SPD und SSW der Wunsch vorhanden, den Flughafen in Kiel weiter zu erhalten. Eine Nutzung des Geländes für Gewerbe- und Wohnbebauung könnte große Flächen nutzbar machen. Das in Auftrag gegebene Gutachten gibt keine klare Handlungsanweisung. Für eine zeitnahe Bebauung des Flughafengeländes ist zunächst ein Aufstellungsbeschluss erforderlich.

Im Anschluss berichtet Arne Langniss über den Stand der Diskussion über den Hotelneubau am Exerzierplatz. Der Investor hat eine Höhenreduktion vorgeschlagen, denkbar ist auch der

Verzicht auf ein Parkhaus neben dem Neubau. Eine Entscheidung über das Projekt steht am 1.12. im Bauausschuss an. Es folgt eine Aussprache.

Um 20:16 sind 55 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Oliver Pohl bringt den **Antrag A-1** ein.

Lutz Oschmann bringt den **Alternativantrag D-1** ein.

Es folgt eine Aussprache

Auf Antrag von Willi Voigt übernehmen die AntragsstellerInnen eine Ergänzung in der Begründung direkt anschließend an den ersten Absatz:

*„[...] auch in Verbindung mit der Nachnutzung des MFG5-Geländes.“*

Niels Ahsbahs stellt den Änderungsantrag, Punkt 4 des Antrags zu streichen und den zweiten Absatz von Punkt 3 zu einem eigenständigen Punkt 4 zu machen.

Der Änderungsantrag wird bei sieben Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Steffen Regis stellt den Änderungsantrag, Punkt 3 so umzuformulieren, dass in jedem Fall ein Bürgerentscheid angestrebt werden soll.

Der Änderungsantrag wird bei einer Ja-Stimme und vier Enthaltungen abgelehnt.

Die Anträge A-1 und D-1 werden gegeneinander abgestimmt. Auf den Antrag A-1 entfällt eine Stimme, bei einer Enthaltung wird Antrag D-1 mit großer Mehrheit angenommen.

**Beschluss:** Die KMV beschließt den Antrag von Kreisvorstand und Ratsfraktion:

1. Die KMV sieht in der Umsetzung des Nutzungsvariante B (Flughafenschließung und Nachnutzung für Wohnen und Gewerbe) die weitaus beste Entwicklungsperspektive für das Flughafengelände und sieht sich durch das vorgelegte Gutachten in dieser Auffassung bestätigt. Größe der Gewerbeflächen, Zahl der Arbeitsplätze, Einkommenszuwachs, Steuereinnahmen und Zahl der Wohnungen, all diese Werte sind deutlich besser als bei Variante A. Variante B ermöglicht eine großflächige Gewerbeansiedlung von 40 Hektar und auch Wohnungsbau in gleicher Größe bedarfsorientiert mit bis zu 2.400 Wohneinheiten. Da es sich um ein städtisches Grundstück handelt, kann sozialer Wohnungsbau hier in besonderem Maße berücksichtigt werden.

2. Die KMV beauftragt den Kreisvorstand und den Fraktionsvorstand weitere Gespräche mit den Kooperationspartnern SPD und SSW zu führen, um noch im Jahr 2016 ein verbindliches Verfahren abzustimmen für eine tragfähige Entscheidung über die Zukunft der Flughafenliegenschaft.

3. Die KMV fordert einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für Wohnungsbau und weitere Gewerbeflächen auf dem Flughafengelände. Die Zeitpunkte der Umsetzung der Bebauungsplanungen und des Beschlusses zur Schließung des Verkehrslandeplatzes müssen festgelegt werden.

Alternativ dazu können die Kooperationsfraktionen in der Ratsversammlung einen Bürgerentscheid zur Zukunft des Flughafens beschließen.

4. Sollte es zu keiner Einigung über einen Aufstellungsbeschluss oder über einen Bürgerentscheid kommen, wird der Kreisvorstand beauftragt, zu prüfen ob die Initiierung eines Bürgerbegehrens gemäß § 16 g Abs.3 Gemeindeordnung sinnvoll ist und welche Bündnispartner dafür in Frage kommen.

### **TOP 3 Änderungsanträge LTW-Programm 2017/Anträge**

Karolina Ziehm begründet die Dringlichkeit des Antrags LTW-4D

Die Dringlichkeit wird bei einer Enthaltung festgestellt.

Schamal Zangana begründet die Dringlichkeit des Antrags A-2.

**Beschluss:** Die Dringlichkeit wird bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen festgestellt.

Karolina Ziehm bringt den Antrag **LTW-4D** ein.

Die AntragsstellerInnen übernehmen die Anregung von Dieter Sinhardt-Pallin, den Antrag so zu erweitern, dass er die Forderung enthält, im bisherigen Text des LTW-Programms das Wort „können“ durch „wollen“ zu ersetzen.

**Beschluss:** Der geänderte Antrag LTW-4D wird bei drei Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Schamal Zangana bringt den **Antrag A-2** ein.

Julia Bartmann stellt mehrere **Änderungsanträge**.

Johannes Albig stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, die Beratung des Antrags zurückzustellen und zunächst die anderen Anträge zu beraten.

**Beschluss:** Der GO-Antrag wird bei 20 Ja-Stimmen, neun Enthaltungen und acht Nein-Stimmen angenommen.

Es liegen weitere **vier fristgemäße Anträge** vor.

**L 1-3** (Änderungsanträge LTW-Programm von Philipp, vertagt von KMV 29.9.16)

**R 1** (Antrag an die Grüne Ratsfraktion von Philipp Schmagold)

Philipp Schmagold bringt den **Antrag LTW-1** ein.

Phillipp übernimmt den Vorschlag von Lutz, im ersten Absatz zu ergänzen: „Wir fordern Landstromanschlüsse *mit erneuerbarem Strom* [...]“

**Beschluss:** Der Antrag wird bei zwei Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Phillipp bringt den **Antrag LTW-2** ein.

**Beschluss:** Der Antrag wird bei sieben Gegenstimmen und neun Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Phillipp bringt den **Antrag LTW-3** ein.

**Beschluss:** Der Antrag wird bei neun Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen abgelehnt.

Johannes Albig bringt den überarbeiteten **Antrag A-2-NEU** ein.

Julia Bartmann stellt den **Änderungsantrag**, den Abschnitt zu streichen, in dem die Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen gefordert wird.

Angelika stellt einen **GO-Antrag** auf Schluss der Debatte und sofortige Abstimmung.

**Beschluss:** Der GO-Antrag wird bei drei Enthaltungen angenommen.

**Beschluss:** Der Änderungsantrag von Julia wird bei sechs Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen.

**Beschluss:** Der Antrag A-2-NEU wird bei sechs Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen abgelehnt.

Phillipp ist einverstanden, seinen **Antrag R-1** bis zur nächsten KMV zurückzustellen.

#### **TOP 4 – Berichte:**

*entfällt*

#### **TOP 5 – Verschiedenes**

- Johannes weist auf die nächste KMV am 23.11. hin.
- Revitalisierung AG Ökologie am 10.11. um 19 Uhr in der GS mit Julia!
- Der Kreis der StellvertreterInnen in einigen Ausschüssen soll – auch mit Blick Richtung Kommunalwahl 2018 – erweitert werden. Zum einen für den Ausschuss für Schule und Sport (Teilnahme am AK Bildung montags 18-19 Uhr notwendig) und für den Bauausschuss (Teilnahme am AK Stadtentwicklung montags 18-19 Uhr notwendig). Nachfragen an Andrea Hake, Geschäftsführerin der Fraktion.
- 9.11., 18:15 - 19 Uhr gibt's ne Protestaktion gegen CETA anlässlich des Besuchs des Präsidenten des EU-Parlaments Martin Schulz. Von uns ist Houari dabei, es können aber gern noch mehr mitmachen (Eingang des RBZ Wirtschaft, Westring 444)
- 12./13.11. wird die VI Stopp CETA eine Unterschriftenaktion durchführen. Schaut, ob Ihr das aktiv unterstützen könnt und wollt. Details kennt Houari
- 11.11. 18:30 Alte Mensa, Olshausenstr. 40: Warum wohnst du wo du wohnst? Ne Podiumsdiskussion zu Strategien gegen Wohnungsmangel, die vom Mieterverein, Linke und ASTA getragen wird, aber noch viel Grün braucht! Geht hin!

**Um 22:18 schließt das Präsidium die KMV.**

Kiel, den 08. November 2016

Hanno Michel  
- Protokollant -

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Kreisverband Kiel**  
**Kreismitgliederversammlung 23.11.2016**

**AntragstellerInnen:**

Philipp Schmagold

**Gegenstand:** Höhe der Vergütung in Funktionen begrenzen, die von der öffentlichen Hand finanziert oder kofinanziert werden

**Antrag R-1**

**Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:**

Unsere Ratsfraktion wird gebeten, spätestens innerhalb von 12 Monaten ein Konzept zu entwickeln und in die Ratsversammlung einzubringen, das dazu dient, die Vergütung in allen Funktionen sinnvoll zu begrenzen, die von der öffentlichen Hand finanziert oder kofinanziert werden. Hintergrund ist die Höhe der Vergütung des Generalintendanten am Theater Kiel, die beispielsweise ca. 50% über der Vergütung unseres Oberbürgermeister liegt.

„Zufriedene Gesichter gab es Freitag Nachmittag im Kieler Rathaus: Dort verkündete Kulturdezernent und Kämmerer Wolfgang Röttgers die Vertragsverlängerung des Leitungsteams am Kieler Theater. Danach bleibt Generalintendant Daniel Karasek dem Haus weitere fünf Jahre (bis August 2020), Generalmusikdirektor Georg Fritsch vier Jahre (bis August 2019) erhalten.“  
<http://www.kn-online.de/News/Aktuelle-Nachrichten-Kultur/Nachrichten-Kultur/Kreativ-fuer-die-Region>

Hier die Angaben gemäß Vergütungsoffenlegungsgesetz für das Führungstrio der Theater Kiel AöR:

Titel, Vorname, Name **Karasek, Daniel**  
Tätigkeit/Funktion **Generalintendant**

**Bezüge und Leistungen (Jahressumme in €) 188.537,87**

Titel, Vorname, Name **Fritsch, Georg**  
Tätigkeit/Funktion **Generalmusikdirektor**

**Bezüge und Leistungen (Jahressumme in €) 118.393,55**

Titel, Vorname, Name **Sturm, Jörn**  
Tätigkeit/Funktion **Kaufmännischer Direktor**

**Bezüge und Leistungen (Jahressumme in €) 76.800,00**

[http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verguetungsoffenlegung/Downloads/VergOffenlegung/Downloads/Theater%20Kiel%20A%C3%B6R.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/verguetungsoffenlegung/Downloads/VergOffenlegung/Downloads/Theater%20Kiel%20A%C3%B6R.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

Unser Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer bekommt „ein Bruttojahresgehalt in Höhe von 124.175,76 Euro. Darin sind neben dem Grundgehalt auch Familien- und Kinderzuschläge sowie Vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers enthalten. Oben drauf kommt eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 400 Euro monatlich für die „durch das Amt bedingten Mehraufwendungen in der Lebensführung“.“ Quelle: <http://www.kn-online.de/News/Nachrichten-aus-Kiel/Offenlegungsgesetz-Oberbuergemeister-Ulf-Kaempfer-Kiel-legt-sein-Gehalt-offen>

**Datum:**  
**23.11.2016**

**Befasst**  
 ja  
 nein

**Vertagt**  
 ja  
 nein

**Überwiesen an:**

**Abstimmung:**

Ja \_\_\_\_\_

Nein \_\_\_\_\_

Enth. \_\_\_\_\_

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Kreisverband Kiel**  
**Kreismitgliederversammlung 23.11.2016**

**AntragstellerInnen:**  
Vorstand KV Kiel  
Luise Amtsberg MdB

**Gegenstand:**  
**Refugees still welcome –**  
**Verfolgte willkommen heißen**  
**und Integration sicherstellen**

**Antrag A-1**

**Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:**

Die Kieler Grünen setzen sich weiterhin für ein weltoffenes Kiel ein. Wir heißen Flüchtlinge bei uns willkommen und setzen uns auf kommunaler, Landes- und Bundesebene für ihre Belange ein. Denn gute Integration ist ihr Recht – und auf lange Sicht unser aller Gewinn.

Wir kritisieren das Rückführungsabkommen der Bundesrepublik mit Afghanistan scharf. In Afghanistan herrscht Krieg und in den Krieg abzuschieben ist zutiefst unmenschlich. Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland.

- Wir fordern auf Bundesebene eine Aufkündigung des Rückführungsabkommen. In Schleswig-Holstein fordern wir einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan, sowie eine Landesinitiative für ein Bleiberecht für afghanische Flüchtlinge.

Familien gehören zusammen und Flüchtlingsschutz sollte nicht aus politischen Gründen gewährt oder eben nicht gewährt werden. Dass z.B. Syrer zumeist nur noch subsidiärer Schutz eingeräumt wird, ist aber politisch begründet und schränkt den Familiennachzug ein.

- Wir setzen uns für eine angemessene Einstufung von Flüchtlingen ein, die nicht politisch sondern anhand des Einzelfalls erfolgt. Wir fordern die Streichung der zweijährigen Wartefrist beim Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge. Familienzusammenführungen müssen in einem angemessenen Zeitraum möglich sein.

Wir lehnen Diskriminierung von Flüchtlingen aufgrund ihrer Herkunftsländer ab. Aufgrund der Beschlüsse der großen Koalition auf Bundesebene, werden Menschen gegeneinander ausgespielt. Gerade für Flüchtlinge aus Afghanistan und Jemen sollte der Zugang zu Integrationskursen ermöglicht werden.

- Wir fordern von der Bundesebene ein Ende der Diskriminierung und den Zugang zu Integrationskursen. Bei uns im Land unterstützen wir, dass Lücken in der Integrationspolitik des Bundes geschlossen werden und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und Integrationsangeboten von Anfang an ermöglicht wird – unabhängig von ihrer pauschal und willkürlich am Herkunftsland festgemachten Bleibeperspektive.

Das Verfahren der Bearbeitung der Anträge von Asylsuchenden und Geduldeten auf Erlaubnis einer Beschäftigung muss dringend effizienter gestaltet werden. Arbeit ist der beste Weg zur Integration und aus dem Sozialleistungsbezug hinaus. Wir können es uns nicht leisten, dass die gesetzlichen Vorgaben an dieser Stelle so zögerlich umgesetzt werden.

- Wir werden uns auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen in Ausländerbehörden so gestaltet werden, dass sich Fachkräfte finden lassen, die dann auch dauerhaft gesund ihren Dienst tun können. Die Kieler Willkommensbehörde muss dringend arbeitsfähig werden.

**Datum:**  
**23.11.2016**

**Befasst**  
 ja  
 nein

**Vertagt**  
 ja  
 nein

**Überwiesen**  
**an:**

**Abstimmung:**

Ja \_\_\_\_\_

Nein \_\_\_\_\_

Enth. \_\_\_\_\_



Wir unterstützen das Resettlement-Programm des UNHCR, das die Umsiedlung besonders gefährdeter Flüchtlinge organisiert und sie mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnissen ausstattet.

- Wir wollen prüfen, inwiefern sich Kiel als Kommune hier beteiligen kann.

In Kiel wurde 2015 viel geleistet, gerade auch von der Zivilgesellschaft und vielfach ehrenamtlich. Jetzt ist es jedoch an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen, um die zur Verfügung stehenden Mittel für Integration gut einzusetzen. Aus diesem Grund bitten wir unsere Ratsfraktion

- einen kommunalen Integrationsbericht anzufordern,
- sich weiterhin entsprechend unserer Beschlusslage für dezentrale Unterbringung einsetzen,
- zu prüfen, ob die Stadt gemeinsam mit dem Land ein Integrationshaus in Zusammenarbeit mit dem Land an der Universität einrichten kann,
- ausreichende Mittel für die freien Träger wie den Christlichen Verein und die ZBBS zur Verfügung zu stellen, damit diese weiterhin ihr wichtige Integrationsarbeit leisten können.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.